



Sitzungsvorlage
für die 17. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln
am 22. Juni 2018

TOP 3 **Genehmigung der Niederschrift über das**
wesentliche Ergebnis der 16. Sitzung des
Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am
16. März 2018

Rechtsgrundlage: § 18 Geschäftsordnung des Regionalrates (GO)

Berichterstatter: Herr Stefan Ernst, Stenografisches Protokoll

Inhalt: Niederschrift
 Anwesenheitsliste

Anlage: Tischvorlage: Fraktionsübergreifender Antrag „Kurzfristige
 Maßnahmen zur Kapazitätssteigerung an den Knotenbahn-
 höfen Köln Hbf und Köln Messe Deutz“ (TOP 1)

Beschlussvorschlag:

Der Regionalrat Köln genehmigt die Niederschrift.

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	2

Niederschrift

über das wesentliche Ergebnis der

16. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln

am Freitag, 16. März 2018,

10:01 Uhr bis 11:47 Uhr,

im Plenarsaal der Bezirksregierung Köln

Vorsitzender:

Rainer Deppe (CDU)

Teilnehmer:

siehe beigefügte Anwesenheitsliste

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	3

Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung	6
TOP 1 Feststellung der Tagesordnung	6
TOP 2 Benennung eines stimmberechtigten Mitglieds des Regionalrates zur Mitunterzeichnung der Niederschrift der 16. Sitzung des Regionalrates am 16.03.2018	7
TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 15. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln am 15.12.2017 Drucksache Nr. RR 8/2018	7
Der Regionalrat genehmigt die Niederschrift.	7
TOP 4 Nachbesetzung eines stimmberechtigten Mitglieds für die Unterkommission Vile-Eifel Drucksache Nr. RR 8/2018	7
Der Regionalrat nimmt den Beschlussvorschlag an und beruft Axel Wirtz (CDU) zum stimmberechtigten Mitglied in die Unterkommission Vile-Eifel.	7
TOP 5 Sachstand zur Metropolregion Rheinland e. V.	7
TOP 6 Gesamtüberarbeitung Regionalplan Köln Sachstand Kommunalgespräche und Reserveflächenermittlung Drucksache Nr. RR 12/2018	10
TOP 7 23. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Köln, Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) Esch und Auweiler, Stadt Köln hier: Aufstellungsbeschluss Drucksache Nr. RR 5/2018	12
Vom Regionalrat von der heutigen Beratung abgesetzt (siehe TOP 1).	12

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	4

TOP 8	Übersicht der Luftreinhaltepläne und deren Regelungsinhalte mit Ergänzung Drucksache Nr. RR 9/2018	12
TOP 9	Zielabweichungsverfahren zur 128. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Bergheim; INKA: terra nova Drucksache Nr. RR 6/2018 Der Regionalrat stimmt dem Beschlussvorschlag ohne Gegenstimmen und bei Enthaltung der Fraktion der LINKEN und der Vertreterin der PIRATEN zu.	17 19
TOP 10	Landesplanerische Anfrage der Gemeinde Odenthal vom 22.11.2016 Drucksache Nr. RR 7/2018 Der Regionalrat nimmt den folgenden Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion mit den Stimmen von CDU und SPD sowie des Vertreters der AfD gegen die Stimmen von GRÜNEN, FDP und LINKEN sowie der Vertreterin der PIRATEN, des Vertreters der FREIEN WÄHLER bei Enthaltung von Bodo Jakob (SPD) an: Der Regionalrat sieht die vorgelegte Planung als an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung angepasst an.	19 20
TOP 11	a) Freistellung von Bahnbetriebsflächen betreffend Flurstücke in Köln-Poll und Köln-Mülheim hier: Bestätigung der Dringlichkeitsbeschlüsse Drucksache NR. RR 25/2018 b) Freistellung von Bahnbetriebsflächen betreffend Flurstücke in Köln-Rondorf Drucksache NR. RR 28/2018 Der Regionalrat nimmt die Beschlussvorschläge zu TOP 11 a) einstimmig an. Ferner nimmt der Regionalrat den Beschlussvorschlag zu TOP 11 b) ohne Aussprache einstimmig an.	20 20 21
TOP 12	Anträge	21
TOP 13	Anfragen	21
	a) Anfrage der CDU-Fraktion Anteil der Binnenschifffahrt an Stickoxidmesswerten Drucksache Nr. RR 27/2018	21

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	5

TOP 14	Mitteilungen	23
	a) der Bezirksregierung	
	aa) Nachbesetzung der Kommunalen Bank des Braunkohlenausschusses	23
	Drucksache Nr.: RR 10/2018	
	bb) Nachbesetzung eines beratenden Mitglieds in den Braunkohlenausschuss	23
	Drucksache Nr.: RR 26/2018	
	cc) Gigabitoffensive des Landes - Beteiligung der Bezirksregierungen	23
	dd) des HD 32	23
	b) des Vorsitzenden	23

Der **Regionalrat** nimmt zu **TOP 14 a) aa) und bb)**
die Drucksachen RR 10/2018 und RR 26/2018 zur Kenntnis.

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	6

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Rainer Deppe eröffnet die 16. Sitzung um 10:01 Uhr und heißt die Anwesenden herzlich willkommen. Sodann bittet er die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Er würdigt den am 10. Dezember 2017 verstorbenen Hans-Josef Hilsenbeck aus Simmerath als ersten stellvertretenden Städteregionsrat, als langjähriges Mitglied der Unterkommission Ville-Eifel und als langjähriges Ratsmitglied von Simmerath. Er bittet sodann die Anwesenden um ein stilles Gebet.

Im Folgenden stellt er die form- und fristgerecht erfolgte Einladung zur heutigen Sitzung fest.

TOP 1 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Rainer Deppe teilt mit, die aktualisierte Tagesordnung trage das Datum vom 13.03.2018. Darüber hinaus hätten sich die Fraktionen darauf verständigt, Tagesordnungspunkt 7 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und in einer der folgenden Sitzungen zu beraten.

Peter Singer (LINKE) merkt an, seine Fraktion sei in die Überlegungen zur Änderung der Tagesordnung nicht einbezogen gewesen. Er habe davon nur durch den „Flurfunk“ Kenntnis erlegt.

Vorsitzender Rainer Deppe entgegnet, er denke, die Fraktion Die Linke sei damit einverstanden.

Weiterhin sei er gebeten worden, den bereits als Tischvorlage (siehe Anlage) ausgeteilten fraktionsübergreifenden Antrag von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP/FW „Kurzfristige Maßnahmen zur Kapazitätssteigerung an den Knotenbahnhöfen Köln Hbf und Köln Messe Deutz“ in die heutige Tagesordnung einzubeziehen. Zwar sehe die Geschäftsordnung des Regionalrates vor, Dinge, die keinen Aufschub duldeten, noch am Tag der Sitzung auf die Tagesordnung zu nehmen, dies könne er jedoch beim vorliegenden Antrag nicht erkennen. Er schlage vor, dass sich der Regionalrat in einer der nächsten Gremiensitzungen, etwa in der Verkehrskommission, mit dem Antrag befasse, und den Antrag nicht auf die heutige Tagesordnung aufzunehmen.

Da sich kein Widerspruch erhebe, gelte die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung unter Absetzung des Tagesordnungspunktes 7 als genehmigt.

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	7

TOP 2 Benennung eines stimmberechtigten Mitglieds des Regionalrates zur Mitunterzeichnung der Niederschrift der 16. Sitzung des Regionalrates am 16.03.2018

Vorsitzender Rainer Deppe informiert, Ronald Borning (CDU) werde zur Mitunterzeichnung der Niederschrift benannt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 15. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln am 15.12.2017

Drucksache Nr. RR 8/2018

Der **Regionalrat** genehmigt die Niederschrift.

TOP 4 Nachbesetzung eines stimmberechtigten Mitglieds für die Unterkommission Ville-Eifel

Drucksache Nr. RR 8/2018

Der **Regionalrat** nimmt den Beschlussvorschlag an und beruft Axel Wirtz (CDU) zum stimmberechtigten Mitglied in die Unterkommission Ville-Eifel.

TOP 5 Sachstand zur Metropolregion Rheinland e. V.

Regierungspräsidentin Gisela Walsken berichtet über die Entwicklung der Metropolregion Rheinland von der letzten Sitzung bis heute.

Sie informiert, dass heute um 12 Uhr der Vorstand der Metropolregion tagt. Sie werde an dieser Sitzung teilnehmen und daher die Sitzung des Regionalrats vorzeitig verlassen müssen.

Zwischenzeitlich habe der Geschäftsführer sein Team komplettiert, das nun insbesondere in den Bereichen Presse-/Öffentlichkeitsarbeit, Projektmanagement und Assistenz für die Geschäftsleitung/Organisatorisches tätig werde.

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	8

Die Presseaktion zum einjährigen Bestehen des Vereins am 21. Februar sei vom Büro vorbereitet und organisiert worden. Viele Medien im Land hätten diese Pressemeldungen aufgegriffen.

Weiterhin hebt sie die Übertragung des Rheinischen Kultursommers an die Metropolregion hervor. Darüber hinaus habe der Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland die Mitgliedschaft der Metropolregion zum 1. Januar 2018 akzeptiert.

Sie weist sodann auf Planungen zur Durchführung eines Parlamentarischen Abends in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Berlin hin, der wahrscheinlich am 26. September 2018 stattfinden werde.

Bei der Messe Expo Real habe es eine Zusammenarbeit gegeben, in deren Rahmen etwa ein gemeinsamer Termin mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik stattgefunden habe. Darüber hinaus werde derzeit die nächste Expo Real vorbereitet und etwa die Frage eines gemeinsamen Messestandes geprüft.

Sie werde in der heutigen Vorstandssitzung Druck in Sachen Bestellung des Kuratoriums machen. Bislang habe es Verzögerungen gegeben, weil unter anderem der geplante geringe Frauenanteil bemängelt worden sei.

Der Arbeitskreis Verkehr und Infrastruktur beschäftige sich derzeit schwerpunktmäßig damit, die Lkw-Navigation auf den Weg zu bringen und das Baustellenmanagement der Bezirksregierungen Düsseldorf und Köln zu verzahnen.

Einige Themen des im letzten Herbst durchgeführten Workshops des Arbeitskreises Forschung und Bildung wie Bildung, Forschung, Technologietransfer und Umsetzungsstrategien verfolge dieser nun weiter. Darüber hinaus erarbeite er einen Bildungsplan für die Metropolregion - unterstützt durch ein Forschungshandbuch Rheinland. Derzeit werde das Handbuch aktualisiert. Schwerpunktmäßig werde sich der Arbeitskreis dann mit Fragen von Mobilität, Elektromobilität, Energie und Digitalisierung befassen.

Der Arbeitskreis Standortmarketing befasse sich mit der Expo Real und habe ein Logo für den Verein entwickeln lassen.

Reinhold Müller (FDP) dankt für den zutreffenden Bericht. Die Terminfindung der heutigen Vorstandssitzung habe er gegenüber dem Düsseldorfer Oberbürgermeister heftig kritisiert. Er halte das Vorgehen, die Termine nicht mit dem Regionalrat abzustimmen und zwei von vier Vorstandssitzungen auf Sitzungstermine des Regionalrats der Regierungsbezirks Köln zu legen, für ignorant gegenüber der Arbeit des Regionalrats und für nicht akzeptabel. Aufgrund dieser Terminkollision könne er an der heutigen Vorstandssitzung nicht teilnehmen.

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	9

Derzeit versuche man, den zweiten kollidierenden Termin zu verlegen. Er halte dies nicht für den richtigen Weg. Vielmehr müsse man als gemeinsame Metropolregion Kölner Termine berücksichtigen und dürfe Termine nicht allein nach dem Terminplan des Oberbürgermeisters von Düsseldorf planen.

Bei inhaltlichen Aspekten habe er, Müller, gravierende Mängel feststellen müssen. Umso mehr danke er dem Geschäftsführer und seinem Team für ihre engagierte Arbeit, die Bewegung in die Dinge gebracht habe.

Bei der Wahl des Kuratoriums habe man den Oberbürgermeister gewarnt, so vorzugehen, wie er es schließlich doch gemacht habe. Dieses aus seiner, Müllers, Sicht dilettantisches Vorgehen hätte fast den gesamten Auftakt zerschossen. Trotz der sehr guten Rede des Ministers habe die Veranstaltung dadurch einen, wie er finde, schalen Beigeschmack erhalten.

Er hoffe, dass die Bestellung des Kuratoriums mit Unterstützung der Regierungspräsidentin nun auf eine geordnete Bahn gerate.

Manfred Waddey (GRÜNE) ergänzt zu den Ausführungen der Regierungspräsidentin, die Arbeitsgruppe Verkehr und Infrastruktur habe eine Unterarbeitsgruppe Schienenverkehrsinfrastruktur gegründet.

Weiterhin frage er nach, wann der Beirat, der bislang nur einmal getagt habe, wiederum einberufen werde.

Regierungspräsidentin Gisela Walsken unterstreicht beide Anmerkungen ausdrücklich. Sie habe bei ihren Ausführungen vergessen, die Gründung der Unterarbeitsgruppe anzusprechen.

Der Beirat müsse tagen, was sich aus ihrer Sicht als dringend notwendig darstelle, weil er die Schnittstelle zu den Kommunen bilde. Sie nehme diese Anregung auf und werde das Thema in der Vorstandssitzung ansprechen.

Auch sie selbst habe sich über die Vorgehensweise bei der Terminfindung beschwert. Es dürfe nicht sein, dass die Terminplanung ausschließlich auf dem Terminkalender eines einzigen Menschen basiere. Das werde Kritik in der Vorstandssitzung geben, zumal sich auch andere Vorstandsmitglieder mit dem gewählten Vorgehen nicht einverstanden gezeigt hätten. Sie werde an der Vorstandssitzung teilnehmen und sich über den Fortgang der Sitzung des Regionalrates informieren lassen, jedoch halte sie das gewählte Vorgehen für keine gute Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	10

**TOP 6 Gesamtüberarbeitung Regionalplan Köln
Sachstand Kommunalgespräche und Reserveflächenermittlung**

Drucksache Nr. RR 12/2018

Sabine Feldmann (Bezirksregierung Köln) erläutert den Fortgang des Überarbeitungsverfahrens des Regionalplans. Nach Abschluss der Kommunalgespräche Ende Januar würden diese nun ausgewertet und dem Regionalrat sukzessive präsentiert.

Der zuständige Arbeitskreis habe das Thema in seinen Sitzungen intensiv diskutiert. In seiner letzten Sitzung am 1. März habe er sich mit der Situation der Reserveflächen in den Städten Köln und Leverkusen sowie im Rhein-Erft-Kreis, im Oberbergischen Kreis und im Rhein-Sieg-Kreis beschäftigt. In Köln seien nur 4 % der ermittelten Reserveflächen für eine Weiterverfolgung der Nutzung geeignet, während der entsprechende Anteil im Rhein-Sieg-Kreis und im Oberbergischen Kreis etwa 40 % betrage.

Die Auswertung der Situation in den Städten Bonn und Aachen, in den Kreisen Euskirchen und Heinsberg sowie in der Städteregion stehe noch aus. Eine Präsentation im Arbeitskreis noch vor der Sommerpause sei für den 6. Juli avisiert.

Darüber hinaus würden bald dem Regionalrat auch Vorschläge für die Abgrenzung der Gebietskulisse für die Prozessregion+ unterbreitet werden. Dabei müsse auch die Verteilung der Bedarfe auf das Umland erwogen werden.

Eine Abfrage der Bereitschaft der Kommunen im Rahmen der Kommunalgespräche habe ergeben, dass die Mehrzahl der Kommunen und Kreise am Prozess teilnehmen wolle, jedoch hätten dies einige Kommunen und Kreise ausgeschlossen.

Sie hoffe, am 6. Juli auch über die weitere Ausgestaltung des Prozesses der Regionalforen in Bezug auf Region+ „Wohnen und Wirtschaft“ berichten zu können. Sie zeige sich zuversichtlich, bis dahin auch Büros zur Unterstützung bei Umsetzung und Moderation gefunden zu haben.

Günter Weber (CDU) fragt nach Planungen des NVR zur Elektrifizierung der Eifel-Strecke und die Einbeziehung dieser Planungen in die Überlegungen zur Prozessregion+. Weiterhin möchte er näher über die Berechnung der 45 Minuten vom Kölner Hauptbahnhof bzw. alternativ von anderen Kölner Bahnhöfen informiert werden.

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	11

Rolf Beu (GRÜNE) zeigt sich interessiert an Überlegungen zur Berücksichtigung von Grenzpendlern aus Rheinland-Pfalz.

Im Übrigen gebe er zu bedenken, dass heute niemand wisse, wie sich die Auslastung einzelner Trassen in 20 Jahren darstelle, und dass die Fahrten der meisten Fahrgäste nicht an einem Bahnhof endeten, sondern oftmals fortgesetzt würden. Entsprechende Zeiten müssten dann entsprechend Berücksichtigung finden.

Jacob Risch (LbNV NRW) fragt zu den Auswertungen der Entwicklungshemmnisse der Kategorie „Reserven mit Restriktionen“ nach, warum der Bodenschutz mit 0 ha angegeben sei und welche Kategorien für den Bodenschutz angesetzt worden seien.

Sabine Feldmann (Bezirksregierung Köln) erläutert, es habe Anregungen etwa vom Kreis Euskirchen gegeben, die Elektrifizierung der Eifel-Strecke zu berücksichtigen. Dies werde sich im avisierten Vorschlag niederschlagen.

Weiterhin gehe es immer auch um die fachliche Begründung einer Gebietsabgrenzung auf Grundlage von vorhandenem Datenmaterial. Ihr sei durchaus bewusst, dass es Pendlerbewegungen über Landesgrenzen hinweg gebe, jedoch müsse die Regionalplanung zunächst klären, wohin Bedarfe gesteuert werden sollten. Mit der Bezirksregierung Düsseldorf befinde man sich im engen Austausch über die Bezirksgrenzen hinweg. Mit Blick auf die Steuerung könne sie dies für den Austausch mit Rheinland-Pfalz nicht feststellen; im Regierungsbezirk Köln existiere jedoch aus ihrer Sicht genug Potenzial.

In Köln werde nicht nur auf den Hauptbahnhof, sondern auch auf die Bahnhöfe Köln-Deutz und Köln-Süd Bezug genommen, was Veränderungen der Gebietskulisse mit sich bringe. Man gehe zunächst von 45 Minuten aus, jedoch kämen Wegzeiten zu und von den Bahnhöfen noch hinzu.

Der Bodenschutz spiele eine große Rolle. Zunächst seien K.-o.-Kriterien für eine Bebauung herausgearbeitet worden. Oftmals gebe es hochwertige Böden in gesamten Kreisgebieten, was jedoch nicht dazu führen dürfe, dass es keine Entwicklung mehr gebe. Das werde im Verfahren im Einzelnen noch thematisiert.

Die Bezirksregierung arbeite eng mit dem NVR zusammen und werde ihn am Prozess Region+ „Wohnen“ beteiligen. Im Vorfeld habe die Bezirksregierung im Rhein-Sieg-Kreis zwei Kommunen ermittelt, deren Daten an NVR und den Kreis weitergeleitet würden, um Potenziale zur besseren Aufarbeitung und zur besseren Nutzung für den Prozess zu erkennen. Der NVR stelle einen wichtigen Partner dar.

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	12

**TOP 7 23. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Köln, Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) Esch und Auweiler, Stadt Köln
hier: Aufstellungsbeschluss**

Drucksache Nr. RR 5/2018

Vom **Regionalrat** von der heutigen Beratung abgesetzt (siehe TOP 1).

TOP 8 Übersicht der Luftreinhaltepläne und deren Regelungsinhalte mit Ergänzung

Drucksache Nr. RR 9/2018

Regierungspräsidentin Gisela Walsken berichtet, seit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts werde viel diskutiert, jedoch stimmten nicht alle Einschätzungen der Medien.

Sie stelle klar, dass keine Weisung des Ministerpräsidenten an die Bezirksregierungen existiere, Fahrverbote nicht umzusetzen, obschon es für das Verhängen von Fahrverboten eine entsprechende Rechtsgrundlage gebe. Die Landesregierung verfolge die Linie, alles zu tun, um Fahrverbote zu vermeiden. Je intensiver jetzt die Diskussion etwa um Nachrüstungen geführt werde, desto eher werde es kurz- und mittelfristig gelingen, gesunde Luft in den Städten zu erreichen, ohne einem Großteil der Menschen die Mobilität zu nehmen.

Auch habe sie, Walsken, keine Sonntagsfahrverbote angeordnet. Hintergrund der anderslautenden Berichterstattung stellten Überlegungen in der Redaktion des „Kölner Stadt-Anzeigers“ im Rahmen der Beschlussfassung des Rates der Stadt Köln über mögliche Maßnahmen zur Vermeidung von Fahrverboten dar, die die Redaktion der Bezirksregierung übermittelt habe. Die Bezirksregierung werde diese Maßnahmen prüfen. Auf die Frage eines Redakteurs der Zeitung, ob sie sich Sonntagsfahrverbote wie in den 70er-Jahren vorstellen könne, habe sie geantwortet: ‚Warum kann man sich so etwas nicht vorstellen? Wenn, dann für alle. Das muss freiwillig geschehen und kann Erlebniswert haben‘. Aus dem im „Kölner Stadt-Anzeiger“ richtig wiedergegebenen Interview habe insbesondere die Onlineredaktion der „Rheinischen Post“ herausgezogen, dass sie, Walsken, sich für die Einführung von Sonntagsfahrverboten ausgesprochen habe. Ihr Haus habe im Anschluss daran versucht, die Diskussion auch in den sozialen Medien zu beruhigen.

Sie versuche zusammen mit den anderen Bezirksregierungen, die Linie umzusetzen, möglichst keine Fahrverbote einzuführen. Hierzu würden unterschiedliche

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	13

Maßnahmen zusammen mit dem LANUV und anderen Beteiligten geprüft. Außerdem wolle ihr Haus die schriftliche Urteilsbegründung abwarten und sorgfältig auswerten - insbesondere mit Blick auf Ausführungen zur Verhältnismäßigkeit. Sie gehe davon aus, dass die Bewertung der Maßnahmen nicht vor Herbst abgeschlossen sein werde und stelle in Aussicht, die Ergebnisse auch im Regionalrat zu diskutieren. Es gehe ihr insbesondere um eine rechtlich saubere Abwägung.

Stefan Götz (CDU) dankt ausdrücklich für den Bericht und die mündlichen Ergänzungen. Er begrüße den Ansatz, dass Genauigkeit vor Schnelligkeit gehe, und spreche sich für eine sorgfältige Auswertung der Urteilsbegründung und Prüfung der daraus folgenden Konsequenzen aus. Auch unterstütze er die Abstimmung mit anderen Bezirksregierungen, um einen Flickenteppich an Regelungen in Nordrhein-Westfalen zu vermeiden.

Mittlerweile habe man das Feinstaubproblem in den Griff bekommen. Er halte auch das Stickoxidproblem für lösbar. So habe es durch die Erneuerung der Fahrzeugflotte enorme Verbesserungen gegeben. Er weise auch auf den Antrag seiner Fraktion zur Stickoxidproblematik bei der Schifffahrt hin, der später beraten werde. Der diesbezügliche Beitrag der Autoindustrie müsse auf anderer Ebene diskutiert werden.

Rolf Beu (GRÜNE) unterstreicht, der Schutz der Gesundheit der Menschen müsse als höchstes Gut im Mittelpunkt der Überlegungen stehen - nicht die Interessenslage von bestimmten Personenkreisen oder Industriezweigen.

Er widerspreche seinem Vorredner, da an vielen Stellen im Regierungsbezirk Köln die Grenzwerte immer noch überschritten würden, obgleich es Verbesserungen gegeben habe und obwohl Luftreinhaltepläne mitunter schon seit Jahren in Kraft seien. Viele Formulierungen in diesen Plänen halte er für schöne Prosa, die mitunter die Realität verkenne. So scheiterten die Forderungen nach Einführung von Jobtickets oftmals an der Situation in den Betrieben, da viele Pendler nicht ohne Weiteres auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen könnten. Hierbei sehe er auch die Kommunen in der Pflicht. Man könne nicht allgemein über Förderungen von Radverkehr oder öffentlichem Nahverkehr in diesen Plänen sprechen, ohne gleichzeitig das Angebot zu verbessern.

Michael Frenzel (SPD) mahnt etwas mehr Selbstkritik an. Die Grünen regierten Köln seit über 30 Jahren mit. Die ehemalige Umweltdezernentin und jetzige Oberbürgermeisterin von Köln habe an der Aufstellung von Luftreinhalteplänen für Köln mitgearbeitet. Er stimme zu, dass diese viel Prosa enthielten. An der Lösung der Probleme müssten alle mitarbeiten, anstatt Fensterreden zu halten, die in der Sache nicht weiterbrächten.

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	14

Reinhold Müller (FDP) betont, er wolle keine politische Debatte führen, sondern Lösungen finden. Er halte den Einstieg mit der Prüfung und Erarbeitung von Maßnahmen für gelungen. Teilweise stellten Messpunkte und Messverfahren nicht der Weisheit letzten Schluss dar. Sperrungen von Straßen führten zu Ausweichverkehren auf den Nachbarstraßen.

Es gehe auch darum, dass sich Autoindustrie nicht so leicht wie bisher vom Acker machen dürfe. Insofern sehe er den Aktivitäten der neuen Bundesumweltministerin gespannt entgegen. Neben Autos müssten auch Schiffe und Eisenbahnen berücksichtigt werden. Im Übrigen habe es in den letzten 20 Jahren durchaus Verbesserungen gegeben.

Darüber hinaus sehe er Hilfebedarf für kleinere Kommunen, da er finde, deren kleine Verwaltungen seien mit den entsprechenden Maßnahmen restlos überfordert.

Beate Hane-Knoll (LINKE) widerspricht der Einschätzung von Stefan Götz, Feinstäube stellten kein Problem mehr dar, zumal die kleinsten Partikel, von denen eine hohe Gesundheitsgefahr ausgehe, nicht mehr erfasst würden. Dabei sehe sie noch großen Handlungsbedarf.

Viele Bürgerinnen und Bürger von Köln wünschten sich Bewegung in Sachen Luftreinhaltung. Die Stadt Köln solle ihrer Ansicht nach schon Maßnahmen umsetzen dürfen, bevor die Bezirksregierung den neuen Luftreinhalteplan - im Herbst statt, wie geplant, im Sommer - veröffentliche.

Michael Frenzel habe die Grünen kritisiert, jedoch habe auch die SPD in Köln Regierungsverantwortung getragen. Alle Parteien, die Köln regiert hätten, sollten sich an ihre eigene Nase fassen. Es gehe letztlich darum, den politischen Willen für Veränderungen aufzubringen.

Vorsitzender Rainer Deppe empfiehlt einen Blick in die Zahlen sowie die Reduzierung der Dramatisierung. An fast allen Messstellen hätten sich die Werte mitunter deutlich verbessert, auch wenn das Ziel noch nicht erreicht sei.

Jacob Risch (LbNV NRW) weist darauf hin, dass die entsprechende EU-Richtlinie vorsehe, Zielwerte für PM_{2,5}-Partikel zu definieren. Bekannt sei indes, dass bei diesen Partikeln keine untere Schwelle zu definieren sei. Er wolle wissen, ob die Bezirksregierung Zielwerte vorgebe oder ob sie sich auf die Grenzwerte zurückziehe.

Die Ankündigung der Regierungspräsidentin, das Thema mit Augenmaß anzugehen, halte er für wohltuend, so **Paul Hebbel (CDU)**. In Leverkusen gebe es mitunter einen regionalen Eintrag in Höhe von 40 %. Selbst mit einer Verhängung von Maßnahmen gegen Leverkusen könne der vorgesehene Wert nicht erreicht werden, weil täglich 170.000 Autos auf den Autobahnen durch die Stadt führen und die Werte erhöhen.

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	15

Er wolle wissen, wie die Bezirksregierung gedenke, etwaige Maßnahmen gegen die Stadt Leverkusen durchzusetzen.

Feinstaub halte er mit Blick auf die Messergebnisse nicht mehr für ein großes Thema. Im Übrigen erzeugten Elektrofahrzeuge ebenfalls durch Abrieb der Reifen Feinstaub.

Rolf Beu (GRÜNE) wendet ein, es gehe nicht darum Maßnahmen gegen die Stadt Leverkusen, sondern Maßnahmen für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Leverkusen zu ergreifen. Die Wortwahl seines Vorredners spreche Bände und zeige, was die CDU tatsächlich für das höchste Gut halte.

Paul Hebbel (CDU) wirft ein, das sei unverschämt.

Rolf Beu (GRÜNE) entgegnet, Paul Hebbel habe wörtlich von „Maßnahmen gegen die Stadt Leverkusen“ gesprochen.

Paul Hebbel (CDU) wirft ein, das sei natürlich der Fall gewesen.

Rolf Beu (GRÜNE) bekräftigt, Maßnahmen seien nicht notwendig, wenn die Grenzwerte erreicht würden. Im Übrigen stelle die Bezirksregierung den Luftreinhalteplan im Benehmen mit den Städten auf. Ob die Maßnahmen vorher in den Räten diskutiert würden, müssten die Stadtverordneten mit Oberbürgermeister oder Oberbürgermeisterin klären.

Dass die straßenscharfe Bemessung viel mit anderen Emissionsquellen und mit der Lage der Stadt zu tun habe, wisse jeder, der sich mit der Thematik beschäftige.

Er zeige sich gespannt, ob die überarbeiteten Luftreinhaltepläne Maßnahmen enthielten, um kurzfristig die Grenzwerte überall zu erreichen.

Ulrich Göbbels (FDP) spricht sich dafür aus, die Menschen mitzunehmen. In Eschweiler hänge ein einziger Passivsammler am Bushof. Er, Göbbels, werde von Bürgern gefragt, ob diese einzige Messstelle entscheidend für die Belastung der gesamten Stadt sein könne.

Er könne darüber hinaus nicht nachvollziehen, warum die Vorlage zur heutigen Diskussion Messwerte von 2016 enthalte, da man inzwischen schon März 2018 schreiben könne.

Yvonne Plum (PIRATEN) erinnert vor dem Hintergrund von Aussagen wie „Ruhe bewahren“, „sorgfältige Prüfung“, „Fahrverbote kommen erst einmal nicht“ daran, dass es um Menschenleben gehe. Die Luftbelastung mache Menschen krank. Feinstäube würden nicht berücksichtigt. Sie selbst wohne in der Nähe vom Clevischen Ring in Köln, wo die Grenzwerte massiv überschritten würden. Dort sehe

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	16

sie regelmäßig Familien mit Kindern und alte Menschen die Straße überqueren. Als Politikerin trage sie Verantwortung für diese Menschen.

Regierungspräsidentin Gisela Walsken entgegnet, keine in diesem Raum vertretene Gruppierung könne für sich allein in Anspruch nehmen, sich um die Gesundheit der Menschen zu kümmern; alle müssten gemeinsam dafür sorgen.

Die Bezirksregierung werde Entscheidungen für einzelne Standorte treffen müssen. Sie danke Stefan Götz für den Hinweis, dass auf Bundesebene Druck auf die Kfz-Hersteller ausgeübt werden solle. Die falschen Angaben der Hersteller hätten viele Jahre lang den Umgang bestimmt. Sie kenne keine Partei, die keine Dieselfahrerinnen oder Dieselfahrer in ihren eigenen Reihen habe. Sie betone die Wichtigkeit der Mobilität für Beruf, Alltag und Freizeit. Daher plädiere sie für einen sachlichen Austausch. Sie sage zu, die Debatte im Regionalrat zu führen, sobald etwaige Maßnahmen geprüft seien.

Sie rege an, dass Kommunen für alle kommunalen Unternehmen beschlössen, ab sofort bei Erneuerungen der Fahrzeugflotte Autos mit alternativen Antriebsformen anzuschaffen. So verfare sie im Übrigen auch mit der Bezirksregierung. Bislang habe diese schon 30 % ihrer Fahrzeugflotte umgestellt. Sie selbst fahre im Übrigen auch keinen Diesel.

Derzeit führe sie die Debatte um eine Vereinheitlichung in NRW in Sachen Einführung von Jobtickets mit dem Verkehrsminister. Zwar könne man das nicht gleich morgen umsetzen, jedoch gehe es jetzt darum, dies in den Debatten zu adressieren. Sie kenne viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die sich in den Verkehrsverbänden für eine Vereinheitlichung starkmachen könnten. Überdies setze sich die Landesregierung intensiv bei der Bundesregierung für eine Förderung ein. Daher zeige sie, Walsken, sich bei diesem Thema sehr optimistisch.

Sie sehe im Übrigen keinen Sinn darin, Entscheidungen übers Knie zu brechen und Menschen kurzfristig aus den Innenstädten zu verbannen. Diese müssten auch weiterhin ihre Arbeitsplätze und Wohnungen erreichen. Die Urteilsbegründung werde insbesondere mit Blick auf die Ausführungen zur Verhältnismäßigkeit ausgewertet. Sie gehe davon aus, zu einem Baukastensystem von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen im Sinne der Gesundheit der Menschen zu kommen.

Sie werde nichts von oben vorgeben, sondern die Diskussion mit den betroffenen Räten suchen. Sie sei sich sehr wohl der Situation in Leverkusen bewusst, wo aufgrund der Situation an der Rheinbrücke der A 1 Schwerlastverkehre durch das Stadtgebiet umgeleitet würden. Dies werde natürlich entsprechend berücksichtigt.

Messungen führe im Übrigen das LANUV und nicht die Bezirksregierung aus, weswegen sich heute aus ihrer Sicht eine Diskussion um einzelne Messstellen

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	17

erübrige. Das LANUV denke darüber nach, die Akkreditierung von Messstellen intensiver als bislang voranzutreiben.

Dr. Ute Bellahn (Bezirksregierung Köln) ergänzt, die im Frühjahr 2018 veröffentlichten Werte entsprächen dem Stand von 2017, nicht jedoch von 2016. Aus der Notwendigkeit der Bildung eines Jahresmittelwerts resultiere eine Verzögerung von einigen Monaten.

Die Belastung werde stark über die örtliche Situation und lokale Faktoren definiert. Die örtliche Hintergrundbelastung gebe es überall und falle mitunter beträchtlich aus. Vor einer Messung werde mithilfe des Programms IMMIS^{luft} des LANUV ein Check durchgeführt. Dies ermögliche den Kommunen, Straßenabschnitte zumindest grob zu prüfen. Nur wenn sich daraufhin ein Verdacht ergebe, werde eine Messstelle errichtet.

In Leverkusen gebe es daher zwar nur zwei Messstellen, davon eine im Hintergrund und eine im Belastungsschwerpunkt, jedoch existiere ein Netz von Informationen über die gesamte Stadt. Sie gehe davon aus, dass dies in ähnlicher Weise für alle Städte gelte.

Vereinzelt gebe es PM_{2,5}-Messtationen, die dem Programm des LANUV unterfielen. Auch für die PM₁₀-Werte existiere ein Messprogramm; alle Grenzwerte würden hierbei unterschritten. Ferner könne der PM_{2,5}-Wert aufgrund des PM₁₀-Wertes geschätzt werden. Daher sei durchaus eine Datenlagen zu PM_{2,5} vorhanden.

**TOP 9 Zielabweichungsverfahren zur 128. Änderung des
Flächennutzungsplans der Stadt Bergheim; INKA: terra nova**

Drucksache Nr. RR 6/2018

Peter Singer (LINKE) merkt an, seiner Fraktion erschließe sich nicht, warum das Zielabweichungsverfahren durchgeführt werde. Im Zuge des Strukturwandels im Rheinischen Revier sollten Ansiedlungen von Energietechnikunternehmen insbesondere aus dem Bereich der erneuerbaren Energien stattfinden. Bei Herausnahme aus der Vorrangigkeit könnten dort jedoch auch Unternehmen aus anderen Branchen angesiedelt werden.

Er könne weder aus der Vorlage ersehen, noch von der Stadt Bergheim erfahren, welche Ansiedlungen dort geplant seien. Daher könne seine Fraktion der Vorlage in der jetzigen Form nicht zustimmen.

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	18

Sabine Feldmann (Bezirksregierung Köln) erinnert an das Entstehen der Zweckbindung bei der Regionalplanänderung für eine Fläche, bei der es sich damals um eine LEP-6-Fläche gehandelt habe, die für flächenintensive Großvorhaben auf Landesebene freigehalten werden sollten. Die Inanspruchnahme zum damaligen Zeitpunkt habe besonders begründet werden müssen. Der Masterplan habe zur Bewältigung des Strukturwandels insbesondere Ansiedlungen aus der Energiebranche ermöglichen wollen.

Die bisherige LEP-6-Fläche existiere nicht mehr, stattdessen sei im aktuellen LEP dort Freiraum bzw. im Regionalplan ein Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung verzeichnet, da die Rechtfertigung für die besondere Begründung zwischenzeitlich weggefallen sei. Damals sei darüber hinaus ein Flächentausch eins zu eins vorgenommen worden. Darüber hinaus bleibe es weiterhin bei der Vorgabe, die Fläche nur interkommunal zu entwickeln. Auch die Fokussierung auf den Bereich der Energietechnologien seien nicht gestrichen worden.

Vielmehr habe die Umsetzung des Flächennutzungsplans Fragen zur Vorrangigkeit aufgeworfen. Die Annahme, dass 60 % der Fläche Unternehmensansiedlungen dienen solle, während 40 % der Fläche frei vergeben werden könne, habe sich als rechtlich nicht sicher umsetzbar herausgestellt. Daher solle von der Zweckbindung nur in Sachen Vorrangigkeit abgewichen werden.

Bei dem Vorgang gehe es darum, einem kommunalen Anliegen entgegenzukommen, so **Reinhold Müller (FDP)**. Die Vorgabe sei aus anderen Gründen entstanden und passe heute nicht mehr. Daher rege er an, dem Wunsch der Stadt Bergheim zu folgen.

Auf die Frage von **Peter Singer (LINKE)**, warum man in diesem Fall nicht den Regionalplan ändere, antwortet **Sabine Feldmann (Bezirksregierung Köln)**, perspektivisch werde es auf eine solche Änderung hinauslaufen. Gerade befinde man sich in der Phase der Gesamtüberarbeitung. Eine einzelne Planänderung nehme ziemlich viel Zeit in Anspruch, was der Stadt Bergheim bzw. dem Zweckverband zu lange erschienen sei, weshalb man auf das vorhandene Instrument des Zielabweichungsverfahrens zurückgegriffen habe.

Er halte das nun vorgesehene Verfahren für richtig, so **Rolf Beu (GRÜNE)**. Ein Regionalplanänderungsverfahren für den alten Regionalplan für eine Angelegenheit ohne grundsätzliche Bedeutung vorzunehmen, erachte er für nicht zielführend.

Hans Krings (SPD) erinnert daran, dass die Städte Bergheim, Elsdorf und Bedburg komplette Kompensation geleistet hätten, damit die Fläche ausgewiesen werde. Eine Ablehnung des Einvernehmens komme bei diesen Kommunen sicherlich nicht gut an. Von der Kreisebene wisse er, dass man mit Blick auf die alte LEP-6-Fläche im

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	19

Zuge der Fortschreibung des Regionalplans beabsichtige, eine größere Fläche auszuweisen, weshalb die Frage in diesem Kontext nochmals gestellt werde. Ein Regionalplanänderungsverfahren halte er daher für entbehrlich.

Der **Regionalrat** stimmt dem Beschlussvorschlag ohne Gegenstimmen und bei Enthaltung der Fraktion der LINKEN und der Vertreterin der PIRATEN zu.

TOP 10 Landesplanerische Anfrage der Gemeinde Odenthal vom 22.11.2016

Drucksache Nr. RR 7/2018

Stefan Götz (CDU) weist auf die geübte Praxis hin, im Zweifelsfall im Sinne der Gemeinde zu entscheiden. Die Situation vor Ort stelle sich anders als auf dem beigefügten Kartenmaterial dar. Seine Fraktion schlage vor, den Beschlussvorschlag folgendermaßen zu ändern: Der Regionalrat sieht die vorgelegte Planung als an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung angepasst an.

Reinhold Müller (FDP) macht deutlich, seine Fraktion werde lediglich dem ursprünglichen Beschlusstext zustimmen, nicht jedoch den Änderungen. Auf eine Begründung verzichte er im Interesse des Verfahrens.

Manfred Waddey (GRÜNE) erklärt, auch seine Fraktion werde lediglich dem ursprünglichen Beschlussvorschlag folgen. Er habe sich vor Ort ein Bild über die Situation verschafft. Dabei habe er festgestellt, dass südlich, am Wendehammer Im Alten Driesch, ein in den Wald hineinragendes Grundstück bebaut worden sei.

Er halte es nicht für sachgerecht, dieses Argument zu bemühen, um ein ähnliches Vorgehen weiter nördlich zu wiederholen. Aus dem Regionalplan gehe hervor, dass die tatsächliche Waldgrenze die Grenze des ASB bilde. Der nördlich von dem in Rede stehenden Grundstück gelegene Bolzplatz sei zwischenzeitlich mit einer Flüchtlingsunterkunft belegt gewesen, diese sei aber zwischenzeitlich abgebaut worden. Nördlich des Wendehammers Im Geroden verlaufe die Kante des ASB wie im Regional- und Flächennutzungsplan dargestellt. Dabei solle man es aus seiner Sicht belassen.

Verwende man die Argumentation der Unschärfe des Regionalplans, könne man auch anderen Stellen Grundstücke für den ASB „anknabbern“, was sich weiter fortsetzen könne.

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	20

Gerhard Neitzke (SPD) bringt zum Ausdruck, seine Fraktion werde sich aufgrund der eingehenden und intensiven Diskussion im Ältestenrat dem geänderten Beschlussvorschlag anschließen.

Peter Singer (LINKE) folgt den Argumenten der Bezirksregierung und stellt in Aussicht, der ursprünglichen Beschlussvorlage zuzustimmen.

Yvonne Plum (PIRATEN) schließt sich den Ausführungen ihres Vorredners an. Sie halte die Begründung der Gemeinde für ein Unding und kurios, da diese anführe, dass bereits jetzt Grundstücke quasi illegal als Gärten usw. genutzt würden.

Der **Regionalrat** nimmt den folgenden Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion mit den Stimmen von CDU und SPD sowie des Vertreters der AfD gegen die Stimmen von GRÜNEN, FDP und LINKEN sowie der Vertreterin der PIRATEN, des Vertreters der FREIEN WÄHLER bei einer Enthaltung aus den Reihen der SPD an: Der Regionalrat sieht die vorgelegte Planung als an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung angepasst an.

**TOP 11 a) Freistellung von Bahnbetriebsflächen betreffend Flurstücke in Köln-Poll und Köln-Mülheim
hier: Bestätigung der Dringlichkeitsbeschlüsse**

Drucksache NR. RR 25/2018

b) Freistellung von Bahnbetriebsflächen betreffend Flurstücke in Köln-Rondorf

Drucksache NR. RR 28/2018

Vorsitzender Rainer Deppe macht zu TOP 11 a) darauf aufmerksam, dass sich der Ältestenrat aufgrund des Endes der Abgabefrist am 3. März mit dem Thema befasst habe, da der Ältestenrat das einzige Gremium gewesen sei, das entsprechend getagt habe. Der Ältestenrat sei einstimmig zur Auffassung gelangt, man solle der Freistellung der Bahnbetriebsflächen widersprechen, und habe daraufhin eine Dringlichkeitsentscheidung getroffen, die Gerhard Neitzke und die er als Vorsitzender unterschrieben hätten.

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	21

Der **Regionalrat** nimmt die Beschlussvorschläge zu TOP 11 a) einstimmig an. Ferner nimmt der Regionalrat den Beschlussvorschlag zu TOP 11 b) ohne Aussprache einstimmig an.

TOP 12 Anträge

Vorsitzender Rainer Deppe informiert, Anträge lägen nicht vor.

TOP 13 Anfragen

a) **Anfrage der CDU-Fraktion** **Anteil der Binnenschifffahrt an Stickoxidmesswerten**

Drucksache Nr. RR 27/2018

Stefan Götz (CDU) fragt nach näheren Informationen über die konkrete Belastung durch die Binnenschifffahrt in Köln, Bonn und Leverkusen.

Der Rhein stelle eine internationale Wasserstraße dar und sei der Zuständigkeit der Bundesregierung zumindest teilweise entzogen, so **Rolf Beu (GRÜNE)**. Er wünsche sich konkretere Informationen zu Förderprogrammen zur Umstellung der eingesetzten Dieselmotoren.

Dr. Ute Bellahn (Bezirksregierung Köln) legt dar, bei der Planaufstellung würden allgemeinen Daten auf das entsprechende Stück Rhein umgerechnet, sodass sich eine Gesamtsumme des Ausstoßes von Emissionen für das Plangebiet ergebe. Die Pläne seien veröffentlicht, mitunter stellten sich die Zahlen als inzwischen mehr aktuell dar. Kürzlich sei ein neuer Fachbericht des LANUV von 2016 erschienen, in dem eine Aktualisierung mit Zahlen von 2012 vorgenommen werde. Diese werde in die neuen Luftreinhaltepläne aufgenommen und finde sich dort im Kapitel über Verursacher. Für Köln und Bonn könnten die angefragten Emissionswerte den Luftreinhalteplänen entnommen werden. Für Leverkusen existiere derzeit noch kein Plan, er befinde sich in Bearbeitung.

In Köln liege im Übrigen keine Messstelle direkt am Rhein. Sie mache darauf aufmerksam, dass sich Emissionen bei Ausbreitung verdünnen, was sich auch auf die Ursachenanalysen der einzelnen Messstellen mit Überschreitungen auswirke.

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	22

Den Einfluss des Schiffsverkehrs habe man an den Messstellen nicht in großem Stil nachweisen können; er sei mit einstelligen Prozentwerten beziffert worden.

Dem LANUV und ihr selbst seien keine einschlägigen EU-Förderprogramme zur Umrüstung von Schiffen bekannt. Auf Bundesebene existiere ein Förderprogramm zur Umrüstung der Motorisierung von Schiffen, das 2016 einigermaßen funktioniert habe. Darüber hinaus kenne sie keine Förderprogramme. Mithilfe des in der Vorlage beschriebenen CLINSH-Programms würden verschiedene Nachrüstmethoden erprobt. Die Ergebnisse dieses erst kürzlich gestarteten Projekts müsse man abwarten.

Auf Nachfrage von **Reinhold Müller (FDP)** zu Differenzen der heutigen Ausführungen zur Beantwortung einer ähnlichen Anfrage seiner Fraktion antwortet **Dr. Ute Bellahn (Bezirksregierung Köln)**, man müsse zwischen Emissionen und Immissionen unterscheiden. Die Zahlen über Immissionen fielen deutlich geringer als diejenigen über Emissionen aus.

Auf die Frage von **Michael Frenzel (SPD)**, ob Maßnahmen für Schiffsdiesel einen lohnenden Posten zur Lösung des Gesamtproblems darstellten, erläutert **Dr. Ute Bellahn (Bezirksregierung Köln)**, man habe keinen Zugriff auf einzelne Schiffe, der durch die Zentralkommission für die Schiffsrheinfahrt wahrgenommen werde. Derzeit werde versucht, auf eine Abstellung der Hilfsmotoren für die Zeit der Antäuerung von Schiffen hinzuwirken. Der Rheinauhafen halte derzeit schon eine Ladestation vor, jedoch gebe es derzeit noch keinen Anschluss- und Benutzungszwang.

Auf den Einwurf von **Michael Frenzel (SPD)**, dort würden im Moment keine Schiffe mehr angetäut, erwidert **Dr. Ute Bellahn (Bezirksregierung Köln)**, sie wisse zwar, dass dort einige Plätze gesperrt worden seien, dass jedoch alle Plätze gesperrt seien, entziehe sich ihrer Kenntnis.

Stefan Götz (CDU) möchte wissen, ob aktuellere Daten als diejenigen von 2004 vorlägen. **Dr. Ute Bellahn (Bezirksregierung Köln)** erläutert, ihr lägen neuere Daten noch nicht vor, weshalb sie den Fragesteller nur auf den neuen Plan vertrösten könne. Die Umrechnung auf das einzelne Plangebiet erfolge während der Fortschreibung. Das LANUV führe derzeit die Berechnungen für Düsseldorf aus.

Jacob Risch (LbNV NRW) fragt nach, ob die Emissionswerte höher als die Immissionswerte ausfielen. Dies bestätigt **Dr. Ute Bellahn (Bezirksregierung Köln)**. Die Ergebnisse der Immissionsberechnungen zeigten die Situation an den vorhandenen Messstellen auf. Bei direkter Messung am Rhein könne sich die Zusammensetzung anders darstellen.

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	23

Rolf Beu (GRÜNE) weist darauf hin, dass der Einfluss der Rheinschifffahrt natürlich auch mit Blick auf die Bürgerinnen und Bürger der anliegenden Städte erheblich ausfalle, selbst wenn er mit Zahlen im einstelligen Bereich beziffert werde. Aufgrund des Charakters des Rheins als internationaler Wasserstraße spreche er sich dafür aus, ein ähnliches Angebot wie am Rheinauhafen auch in anderen Städten vorzuhalten.

Weiterhin rege er an, Anreizprogramme für die Umrüstung von Motoren für die deutsche Schifffahrt auf den Weg zu bringen und insofern den Kontakt zu den entsprechenden Mitgliedern des Deutschen Bundestages zu suchen.

Er mache darauf aufmerksam, dass zur Elektrifizierung von Bahnstrecken Förderprogramme der Landesregierung existierten. Diese müssten jedoch vom NVR angenommen und umgesetzt werden.

TOP 14 Mitteilungen

a) der Bezirksregierung

aa) Nachbesetzung der Kommunalen Bank des Braunkohlenausschusses

Drucksache Nr.: RR 10/2018

bb) Nachbesetzung eines beratenden Mitglieds in den Braunkohlenausschuss

Drucksache Nr.: RR 26/2018

cc) Gigabitoffensive des Landes - Beteiligung der Bezirksregierungen

dd) des HD 32

b) des Vorsitzenden

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	24

Der **Regionalrat** nimmt zu **TOP 14 a) aa) und bb)** die Drucksachen RR 10/2018 und RR 26/2018 zur Kenntnis.

Zu **TOP 14 a) cc)** erläutert **Carolin Stollwerk (Bezirksregierung Köln)**, das Ziel der Landesregierung bestehe darin, bis 2025 flächendeckend Gigabit-Netze auszubauen. Derzeit werde ein Gigabit-Masterplan für den schnellstmöglichen Ausbau der entsprechenden Infrastruktur erstellt. Schwerpunkte würden auf Gewerbegebiete, Schulen und anderen öffentliche Einrichtungen gelegt. Dabei werde der Glasfaser-First-Ansatz verfolgt. Voraussichtlich im April werde der Masterplan offiziell vorgestellt. Vorab habe die Landesregierung mitgeteilt, zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen und die Beratungsstruktur umfassend auszubauen. Bei der Bezirksregierung Köln sei das Dezernat 33 zuständig. Sie stehe als zuständige Dezernentin gern für Fragen oder Auskünfte zur Verfügung.

Unter **TOP 14 a) dd)** verabschiedet sich **Heribert Hundenborn (Bezirksregierung Köln)** anlässlich seiner baldigen Versetzung in den Ruhestand von den Anwesenden. Er habe an 41 Sitzungen des Regionalrates teilgenommen; die erste davon habe in Aachen anlässlich der EuRegionale stattgefunden und Themen wie die Erweiterung des Phantasialandes oder den hochrein-weißen Quarzkies behandelt. Er danke für die offene Aufnahme und die lehrreichen sowie bereichernden Jahren der Arbeit in der Regionalplanung der Bezirksregierung Köln. Verwaltung und Politik hätten in dieser Zeit viele gute Entscheidungen treffen können. Er danke darüber hinaus für die gute Zusammenarbeit und das entgegengebrachte Vertrauen. Für die Zukunft wünsche er den Anwesenden eine glückliche Hand bei der Bewältigung der verantwortungsvollen Aufgaben, weiterhin einen respektvollen Umgang miteinander und viel Erfolg.

Vorsitzender Rainer Deppe würdigt den beruflichen Werdegang von Heribert Hundenborn, dankt ihm unter dem Beifall des Regionalrates für die geleistete Arbeit und überreicht ihm ein Präsent.

Zu **TOP 14 d)** informiert der Vorsitzende über den stattgefunden Wechsel in der Unterkommission Ville-Eifel. Bei den Stellvertretern werde zukünftig Herr Rottmann von Herrn Geraedts ersetzt.

Sodann wünscht der Vorsitzende den Anwesenden ein schönes Wochenende und angenehme Ostertage. Er schließt die Sitzung um 11:47 Uhr.

Drucksache Nr. RR 35/2018	
TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	25

gez. Rainer Deppe

(Vorsitzender des Regionalrates Köln)

gez. Ronald Borning

(Mitglied des Regionalrates Köln)

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

- Anwesenheitsliste -

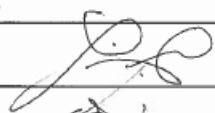




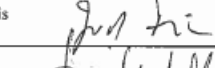
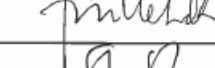
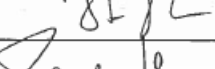
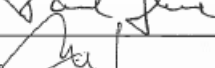
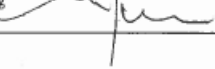
CDU-Fraktion

16. Sitzung des Regionalrates

des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 16. März 2018

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

Beginn: 10:00		Uhr	Ende:	Uhr	Abrechnung	
stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung			
			Standard	gem. Formular		
Bellis-Olinger, Teresa Elisa De	Stadt Köln		X			
Borning, Ronald	Städteregion Aachen		X			
Deppe, Rainer (MdL)	Rhein.-Berg-Kreis		X			
Dohmen, Hans-Willi	Kreis Düren		X			
Donic, Brigitte	Rhein-Sieg-Kreis		X			
Fabian, Gerd	Rhein-Erft-Kreis		X			
Finkeldei, Norbert	Stadt Aachen		X			
Götz, Stefan	Stadt Köln		X			
Hebbel, Paul	Stadt Leverkusen		X		O. F.	
Jansen, Franz-Michael	Kreis Heinsberg		X			

TOP 3	Seite
Protokoll der 16. Sitzung	27

stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung	
			Standard	gem. Formular
Kehren, Hanno Dr.	Kreis Heinsberg		X	
Kitz, Marcus	Rhein-Sieg-Kreis		X	
Moll, Bert	Stadt Bonn		X	
Nessler-Komp, Birgitta	Stadt Köln		X	
Neisse-Hommelsheim, Carla	Rhein-Erft-Kreis	entschuldigt		
Stefer, Michael	Oberbergischer Kreis		X	
Weber, Günter	Kreis Euskirchen		X	

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

- Anwesenheitsliste -

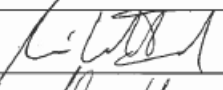
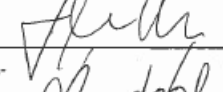
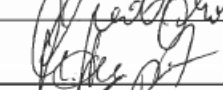

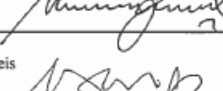


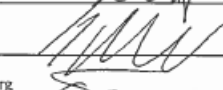
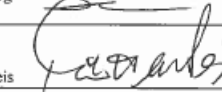




SPD-Fraktion

16. Sitzung des Regionalrates

des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 16. März 2018

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

Beginn: 10:00		Uhr	Ende:	Uhr	Abrechnung	
stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung			
			Standard	gem. Formular		
Frenzel, Michael	Stadt Köln		X			
Geffen, Jörg van	Stadt Köln		X			
Jakob, Bodo	Rhein.-Berg-Kreis		X			
Hengst, Milanie	Stadt Leverkusen		X			
Höfken, Heiner	Stadt Aachen		X			
Konzelmann, Thorsten	Oberbergischer Kreis		X			
Krings, Hans	Rhein-Erft-Kreis		X			
Neitzke, Gerhard	Städteregion Aachen		X			
Noack, Horst	Stadt Köln		X			
Oetjen, Hans-Friedrich	Kreis Düren		X			
Schaper, Dieter	Stadt Bonn		X			
Schlüter, Volker	Kreis Heinsberg		X			
Tüttenberg, Achim	Rhein Sieg Kreis		X			

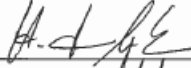
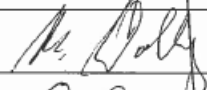
Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

- Anwesenheitsliste -

Bündnis 90/DIE GRÜNEN16. Sitzung des Regionalrates
des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 16. März 2018

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung	
			Standard	gem. Formular
Beu, Rolf	Stadt Bonn		x	
Herlitzius, Bettina	Städteregion Aachen			
Lambertz, Horst	Rhein-Erft-Kreis		x	
Windhuis, Wilhelm	Rhein-Sieg- Kreis			
Waddey, Manfred	Stadt Köln		x	
Zentis, Gudrun	Kreis Düren		x	

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

- Anwesenheitsliste -

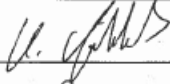

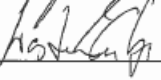
FDP-Fraktion

16. Sitzung des Regionalrates

des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 16. März 2018

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

Beginn: 10:00		Uhr	Ende:	Uhr	Abrechnung	
stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	gem.			
			Standard	Formular		
Göbbels, Ulrich	Städteregion Aachen		X			
Müller, Reinhold	Oberbergischer Kreis		X			
Westerschulze, Stefan	Rhein-Erft-Kreis		X			

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

- Anwesenheitsliste -

16. Sitzung des Regionalrates

des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 16. März 2018

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

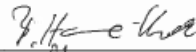
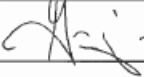
Beginn: 10:00

Uhr

Ende:

Uhr

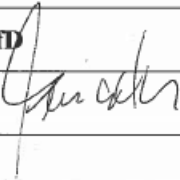
Die Linke

stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung	
			Standard	gem. Formular
Hane-Knoll, Beate	Stadt Köln		<input checked="" type="checkbox"/>	
Singer, Peter	Rhein-Erft-Kreis		<input checked="" type="checkbox"/>	

Freie Wähler

Bornhold, Rüdiger	Rheinisch-Bergischer Kreis		<input checked="" type="checkbox"/>	
-------------------	----------------------------	---	-------------------------------------	--

AfD

Spennath, Jürgen	Kreis Heinsberg		<input checked="" type="checkbox"/>	
------------------	-----------------	---	-------------------------------------	--

Piraten

Plum, Yvonne	Stadt Köln		<input checked="" type="checkbox"/>	
--------------	------------	---	-------------------------------------	--

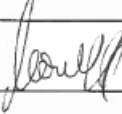
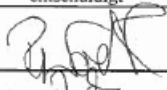
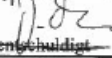
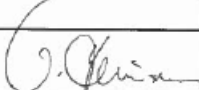
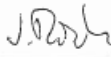
Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

- Anwesenheitsliste -

16. Sitzung des Regionalrates
des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 16. März 2018

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

Beginn: 10:00		Uhr	Ende:	Uhr	Abrechnung	
beratende Mitglieder gem. § 8 Abs. 1 LPIG	Vertreter der/des	Unterschrift			Standard	gem. Formular
Kornell, Günter	Arbeitgeber				X	
Weitemeyer, Inga (Vertretung)	Arbeitgeber					
Rötting, Fritz	Arbeitgeber	entschuldigt				
Woelk, Ralf	Arbeitnehmer				X	
Mährle, Jörg	Arbeitnehmer	 entschuldigt				
Behlau, Stefan	Arbeitnehmer					
Heimann, Ulrich	Sportverbände				X	
Risch, Jacob	Naturschutz- verbände				X	
Fink, Brunhilde	kommunale Gleichstellungs- stellen					

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

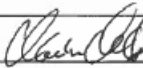
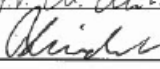



- Anwesenheitsliste -

16. Sitzung des Regionalrates





des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 16. März 2018

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

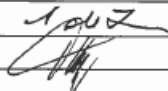

Beginn: 10:00		Uhr	Ende:	Uhr	Abrechnung	
beratende Mitglieder gem. § 8 Abs. 3 LPIG	Name	Unterschrift	Standard		gem. Formular	
			Landschaftsverband Rheinland	Böll, Thomas		
Stadt Aachen						
Stadt Bonn	i.V. Martha Metz					
Stadt Leverkusen						
Stadt Köln						
Städteregion Aachen						
Kreis Düren						
Rhein-Erft-Kreis		i.V. (b. ...)				
Kreis Euskirchen						
Kreis Heinsberg						
Oberbergischer Kreis						
Rheinisch-Bergischer-Kreis						
Rhein-Sieg-Kreis						

- Fraktionsgeschäftsführung -

Name (Bitte in Großbuchstaben)	Vertreter/in der/des (Bitte in Großbuchstaben)	Unterschrift
Knauff, Sebastian	CDU	
Hoffmann, Hajo	SPD	
Schäfer-Hendricks, Antje	GRÜNE	
Westerschulze, Stefan	FDP	
Marhi, Christiane	Grüne	C. Marhi
Fendel, André	FDP?	

- Bezirksregierung Köln -

Name (Bitte in Großbuchstaben)	Dezernat	Unterschrift
Frau Walsken	RPin	
Herr Hundenborn	32	
Frau Müller	32	
Frau Feldmann	32	
Frau Lippert	32	
Herr Schilling	32	
Herr Ulmen	32	
Herr Plaszczyk	32	
Frau Dr. Bellahn	53	
Frau Stollwerk	33	
Frau Örs	32	
Frau Weidmann	32	

Name (Bitte in Großbuchstaben)	Vertreter/in der/des (Bitte in Großbuchstaben)	Unterschrift
de Levic, Anja	WDR	
Paqels, Hans-Joachim		



Fraktionsübergreifender Antrag zur Verbandsversammlung des ZV NVR am 09.03.2018

Kurzfristige Maßnahmen zur Kapazitätssteigerung an den Knotenbahnhöfen Köln Hbf und Köln Messe/Deutz

1. Die DB Fernverkehr AG wird aufgefordert, zusammen mit der Nahverkehr Rheinland GmbH (NVR) sowohl eine Analyse der Verkehrsnachfrage mit den Quellen/Zielen im Kölner Stadtgebiet und Umland durchzuführen, als auch eine Auswertung der Umsteigerelationen zwischen dem Schienenpersonenfernverkehr (DB), dem Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und dem sonstigen Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV; u.a. KVB) durchzuführen. Ziel ist, eine ausreichend gute Datengrundlage zu schaffen, die über die reinen Fernverkehrsverkaufszahlen mit den angegebenen Zielen Köln Hbf und Köln Messe/Deutz hinausgehen. Erst auf dieser Basis können Entscheidungen für zukünftige Fahrplan- und Umsteigekonzepte getroffen werden und folglich eine Verteilung der DB Fernverkehrshalte zwischen diesen beiden wichtigen Kölner Bahnhöfen vorgenommen werden.
2. Die DB Station&Service AG (DB S&S) und die DB Fernverkehr AG werden aufgefordert, ein Konzept für den barrierefreien Ausbau zwischen den beiden Fernverkehrsbahnsteigen 11 und 12 in Köln Messe/Deutz Tief zu erarbeiten. Dabei ist der Einbau von Aufzügen und von Förderbändern für den Gepäcktransport zu prüfen.
3. In einem weiteren Entwurfsschritt wird DB S&S gebeten, zusammen mit dem NVR und der DB Fernverkehr AG ein Gesamtkonzept für den barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Köln Messe/Deutz zu erstellen. Dabei sind die bereits in guter Zusammenarbeit zwischen DB S&S und dem NVR entwickelten Maßnahmen zum barrierefreien Ausbau des Nahverkehrs am Bahnhof Köln Messe/Deutz zur Grundlage zu machen und um Maßnahmen für den Fernverkehr zu ergänzen. Die Stadt Köln, die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB), die MesseCity Köln (Strabag Real Estate GmbH, ECE) und die Kölnmesse Ausstellungen GmbH sind ebenfalls mit einzubinden.



4. Die Terminallösung Köln Hbf mit den beiden Terminals „Dom“ und „Messe/Deutz“ muss unabhängig von den jeweiligen Ausbaumaßnahmen im Hinblick auf die kurzfristige Umbenennung der Bahnhöfe vorangetrieben werden. Hierzu soll DB S&S dem NVR konkrete Umsetzungsschritte und Finanzierungsvorschläge unterbreiten.

5. Die DB Netz AG wird gebeten, zusammen mit dem NVR und der DB Fernverkehr AG, im Rahmen der „BMVI-Knotenstudie“, eine mögliche Führung von Fern- und Nahverkehrszügen über die sogenannte Kölner „Südbrücke“ als Untersuchungsauftrag anzumelden. Hierzu sind unterstützend Gespräche mit dem BMVI, mit Vertretern der Verkehrsausschüssen des Land NRW und des Bundes zu führen.

Begründungen:

- Zu 1. Die DB Fernverkehr AG entscheidet derzeit eigenständig, wie viele Fernverkehrszüge sie über die Hohenzollernbrücke in den Kölner Hbf fahren und dort Kopf machen lässt bzw. wie viele Fernverkehrszüge in Köln Messe/Deutz Tief halten sollen. Die Entscheidung beruht nach ihren eigenen Angaben lediglich auf der Anzahl der jeweils verkauften Fahrkarten mit den Angaben des Zielbahnhofs (hier: Hbf und Köln Messe/Deutz).
Weitergehende Analysen über städtebauliche Entwicklungen im rechtsrheinischen Köln (u.a. im Bereich der Messe-City, Köln-Mülheim, Deutzer Hafen, Leverkusen Mitte und den Städten und Gemeinden im Rheinisch-Bergischen Kreis) finden nicht statt.
Ebenso sind keine weitergehenden Analysen über Umsteigerelationen zum SPNV und zum ÖPNV (u.a. KVB) bekannt, so dass die DB S&S keine Aus- und Umbauentscheidungen für einen weitergehenden barrierefreien Bahnhof Köln Messe/Deutz treffen kann und die zuständigen Aufgabenträger des Nahverkehrs keine Entscheidungen für die Weiterentwicklung ihrer Netze treffen können.

- Zu 2. Seit Jahren fährt die DB Fernverkehr AG mit wenigen Fernverkehrszügen Köln Messe/Deutz Tief an, ohne für ihre Kunden die äußerst unbefriedigende Situation des nicht barrierefreien Zugangs zu den Fernverkehrsgleisen (Gleise 11 und 12) zu verbessern.



Freie Demokraten
FDP
Fraktion im Zweckverband
Nahverkehr Rheinland

FREIE WÄHLER
KÖLN

- Zu 3. Für den barrierefreien Ausbau vom Bahnhof Köln Messe/Deutz (östliche Erschließung) liegt ein gutes Konzept im Rahmen des S-Bahnausbaus Knoten Köln vor. Dieses Konzept wurde bereits mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) vorbesprochen und erschließt barrierefrei alle Bahnsteige über den sogenannten städtischen KVB-Tunnel. Dieser Tunnel sollte im Rahmen der Um- und Ausbaumaßnahmen ebenfalls angepasst und zukunftsfähig ausgebaut werden, damit gleichzeitig ein adäquater Zugang zur neuen MesseCity Köln und zum Hauptentree der Kölnmesse entsteht. Zusätzlich soll DB S&S, die DB Fernverkehr AG und der NVR vorliegende Überlegungen für eine grundsätzliche Neuausrichtung des Bahnhofs Köln Messe/Deutz planen. Eine erste Begehung ist für den 27.04.2018 zusammen mit NVR, DB S&S, DB Netz AG und DB AG geplant. DB S&S hat dabei die Gesamtkoordination übernommen.
- Zu 4. Im Rahmen der Studien zum Ausbau des Knoten Kölns wurden neben Infrastrukturausbauprojekten auch organisatorische Maßnahmen entwickelt. Eine dieser Maßnahmen ist die sogenannte „Terminallösung“. Hierunter wird verstanden, dass es nur einen Kölner Hbf mit den zwei Terminals „Dom“ und „Messe/Deutz“ geben soll, um die Kunden zielgerichtet ins linksrheinische bzw. rechtsrheinische Köln sowie ins Umland mit kürzeren Umsteigemöglichkeiten zu leiten. Hierfür ist zusätzlich zum Ausbau der Fahrgastinformation (digitale und analoge) auch die Umbenennung in den internationalen Fahrplanauskünften notwendig.
- Zu 5. Eine Führung von aus dem Süden kommenden Fernverkehrszügen über die Südbrücke und über die Westspange in den Kölner Hbf hinein und weiter über die Hohenzollernbrücke auf die rechte Rheinseite würde erreichen, dass die Fernverkehrszüge nicht mehr im Kölner Hbf Kopf machen müssten und somit voraussichtlich mehr als sechs Minuten Reisezeit gewinnen würden. Sie wären dadurch weniger verspätungsanfällig und würden so Trassen im Kölner Hbf und auf der Hohenzollernbrücke für weitere Verkehre freigeben.